Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprech-Nummer 419. Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Auflage 5000.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 23. Freitag, den 27. April 1894. 1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Freiheit der Arbeit.

Jules Guesde veröffentlicht im „Socialiste“ folgende Ausführungen zu diesem Kapitel:

Noch immer ist die Freiheit der Arbeit eines der Paradepferde, die im Kampfe gegen die Sozialdemokratie vorgeführt werden. In der Presse, auf der Tribüne des Parlaments, in den Kommissionen, überall wird dies Steckenpferd der Bourgeoisie geritten, ja, vor nicht langer Zeit galt die „Freiheit der Arbeit“ noch für den „Eckstein der französischen Revolution“, den man nicht „herausreißen“ könne, ohne daß „das ganze Gebäude zusammenstürze“.

Auf die Gefahr eines solchen Zusammensturzes hin wollen wir uns doch diese „Freiheit“ einmal etwas näher ansehen; wurde doch in ihrem Namen vor wenigen Monaten erst ein ganzes Departement, das Pas-de-Calais, in Belagerungszustand versetzt, während man sie vor den Arbeitern dadurch retten wollte, daß man diese ohne Unterschied des Geschlechts mit dem Säbel niederschlug, in's Gefängniß warf — oder aus der Arbeit jagte.

In der Vorrede zu dem berühmten Edikt Turgots*) von 1770 lesen wir die Worte:

„Indem Gott dem Menschen Bedürfnisse gab und ihn zu ihrer Befriedigung auf das Mittel der Arbeit verwies, machte er das Recht zur Arbeit zum Eigenthum jedes Menschen, und dieses Eigenthum ist das erste, das heiligste, das unveräußerlichste von allen.“

Das ist dasselbe Recht zur Arbeit, das die Revolution von 1789 proklamirt haben sollte, bevor sie Gott durch Dekret abschaffte.

Allein mir ist, als hätte ich erst ganz kürzlich bei Gelegenheit eines Prozesses gehört, wie ein in einem großen Restaurant von Paris beschäftigtes Mädchen unter Eid aussagte, daß sie, wenn Gäste zwei Stunden an ihrem Tische saßen, nicht auf ihre Kosten kam, da sie dem Chef des Etablissements jeden Morgen zwei Franks dafür zahlen mußte, daß er sie zur Aufwartung in seinem Lokale zuließ. Für dieses Mädchen existirte die Freiheit der Arbeit im Jahre 1894 jedenfalls nicht. Hier hieß es: kein Geld, keine Arbeit.

Sollte sie die einzige sein? Giebt es in den Pariser Restaurants und Cafés nicht Tausende, die, um überhaupt nur arbeiten zu können, jeden Tag, den Gott oder — — werden läßt, eine bestimmte Summe, die zwischen 1,50 Franks und 5 Franks variirt, vorher entrichten müssen? Das Recht auf Arbeit steht für sie eben bloß auf dem Papier . . . . .

Aber verlassen wir das Spezialgebiet der Arbeiter und Arbeiterinnen in Gastwirthschaften. Greifen wir die erste beste Industrie, die Weberei oder die Spinnerei heraus. Zu Hunderten kann man beispielsweise in Roubaix**) schon beim grauenden Morgen Männer und Frauen vor den Thoren der Fabriken stehen sehen. Sie bitten um Arbeit. Und doch müssen sie sehen, wie man ihnen dieses „erste, heiligste Recht“ verweigert: „Die Werkstätten sind voll besetzt; kein Platz für Sie!“ Wo ist denn hier in aller Welt das Recht auf Arbeit, das Gott dem Menschen zugleich mit seinen Bedürfnissen gab und das ihm unsre unsterbliche Revolution zurückgegeben haben sollte?

Gehen wir weiter. Wir verlassen diese mehr oder weniger zahlreichen Opfer der chronischen Arbeitslosigkeit, die Marx die Reservearmee der Arbeit genannt hat. Wir wenden uns nun den Arbeitern zu, die Beschäftigung haben, die sozusagen unter der Fahne stehen, den Proletariern und Proletarierrinnen, die in Fabriken, Bergwerken, auf Bauplätzen ihr „unveräußerliches Recht auf Arbeit“ ausüben. Um welchen Preis üben sie es aus?

Wie kann man von einer Freiheit der Arbeit sprechen, wenn die Arbeit den Proletarierinnen nur in dem Falle gestattet ist, daß sie 10, 20, 30, ja 50 Prozent für den Besitzer der Produktionsmittel, der meistens gar nichts thut, produzieren; daß sie in der Gestalt von Profit oder Devidenden in den Händen des Arbeitgebers den Theil ihres Arbeitsprodukts lassen müssen, der dem Unterschied zwischen dem Lohn, den sie empfangen und den Werthen, die sie schaffen, entspricht; daß sie fünf oder sechs Stunden für sich, darüber hinaus aber noch 4, 5, 6 und 7 Stunden täglich für den Unternehmer oder Kapitalisten, d. h. umsonst arbeiten?

Mit demselben Recht kann man behaupten, daß die Arbeit zur Zeit des Frohndienstes frei war. Mit demselben Recht kann man behaupten, daß die Brücken frei waren, als man noch beim Eingang oder Ausgang einen Brückenzoll entrichten mußte. Mit demselben Rechte kann man ferner sagen, daß die Landstraßen frei waren, als der Raubadel noch auf seinen sicheren Schlössern hauste und kein Kaufmann, kein Wanderer ohne Lösegeld passiren konnte.

Ich habe die vorgebliche Freiheit der Arbeit, deren wir uns seit einem Jahrhundert erfreuen und an deren Beseitigung die bösen Kollektivisten arbeiten, erst vom quantitativen Standpunkt betrachtet, als ein sehr gelehrter Professor mich eines Tages höchst unkluger Weise fragte — natürlich wie immer im Namen dieser göttlichen „Freiheit“ — „wie sich in der Zukunftsgesellschaft die Stunden, in denen die Hüte fabrizirt, Braten zubereitet oder Düten gedreht werden, vertheilen würden.

Sollte dieser gelehrte Mann, der die Frucht pflücken wollte, bevor der Baum gepflanzt war, sollte er wirklich glauben, daß in der Gesellschaft, die er gegen uns vertheidigt, der Proletarier sich seinen Beruf wählt, daß er je nach Neigung oder Geschmack seine Thätigkeit oder jenem Produktionszweige zuwenden kann? Wird man Maurer, Bergarbeiter, Mechaniker, Glasmacher aus Neigung oder Wahl? Warum wird man denn nicht auch Minister?

Wahr ist, daß der Mensch, der nur von dem tagtäglichen Verlauf seiner Arbeitskraft — sei es nun Muskel- oder Hirnkraft — lebt oder leben muß, dazu verurtheilt ist, sie in der Gestalt und zu den Bedingungen zu verkaufen, die der Kapitalist im Interesse des Mehrwerthes verlangt. Der Münzarbeiter muß sich als Tagelöhner verdingen, wenn seine Arbeit nicht gebraucht wird, er selbst aber essen will. Der Maler arbeitet unter Umständen einmal eine Zeit lang als Dachdeckergehülfe, weil die „Malerarbeit nicht geht“, seine Familie aber Hunger hat. Ich selbst kenne einen Polytechniker, der als Heizer auf die Lokomotive stieg, weil Brod, d. h. seine und der Seinigen Existenz nur um diesen Preis zu haben war.

So ist das Gesetz der kapitalistischen Produktion beschaffen, daß das Proletariat der Hand- und Kapfarbeit einfach so verbraucht, wie es ihm paßt, ohne etwaige Wünsche, die Lage der Familie derjenigen, die sie ausbeutet, zu berücksichtigen. Wenn die heutige Gesellschaft nicht einmal allen denen, deren einziges Existenzmittel die Arbeit ist, Arbeit gewähren kann, wieviel weniger kann sie ihnen eine bestimmte Art oder Qualität der Arbeit, wie sie ihnen gerade zugesagt, sichern?

Nein, die Freiheit der Arbeit existirt nicht, sie kann nicht in einer Gesellschaft vorhanden sein, welche auf der Aneignung der Elemente beruht, ohne welche die Arbeit nicht möglich ist.

Diese Freiheit kann alle möglichen zivilisatorischen und sittlichen Tugenden besitzen, aber, wie das Roß Rolands hat sie einen kleinen, ganz kleinen Fehler, der aber alle Vorzüge aufhebt: sie ist todt, getödtet durch die Lohnskaverei, wie sie früher durch die Leibeigenschaft und die Sklaverei vernichtet wurde.

Damit das Recht auf Arbeit lebende Wirklichkeit werde, muß es sich auch auf alle Arbeitsmittel, auf die natürlichen oder sozialen Produktionskräfte erstrecken, die zur Stunde das Monopol, das Privilegium einer kleinen Anzahl von Menschen bilden, und die nun in den Besitz aller überführt werden müssen.

Dieses Recht wird wie alle übrigen Rechte erst mit der Herrschaft des Sozialismus entstehen, nur mit ihm und durch ihn, so sehr man sich ihm auch heute noch widersetzt.

Die Arbeiter in ihrer Gesammtheit werden und können nur frei sein, sobald sie in einer kollektivistischen oder sozialistischen Gesellschaft Herren der Arbeitswerkzeuge und des Arbeitsmaterials sein werden.

*) Turgot war Generaldirektor der Finanzen unter Ludwig XIV. von Frankreich.

**) Den in diesem Artikel angeführten Beispielen aus Frankreich wird jeder unserer Leser gewiß die entsprechenden Fälle aus Deutschland an die Seite stellen können. Die Früchte des Kapitalismus sind eben überall dieselben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wozu führt die Polizei Vereinsmitgliederlisten? In der Stadt Euskirchen wurde am 13. Februar d. J. ein Arbeiter-Bildungsverein gegründet und als solcher am 15. Februar, Mittags nach 12 Uhr, unter Zustellung des Mitgliederverzeichnisses auf der Bürgermeisterei angemeldet. Wie nun verschiedene Fabrikanten geäußert haben, hat der Bürgermeister ihnen die Namen der eingereichten Mitgliederliste bekannt gemacht. Zwei Arbeiter der Firma C. Lückerath, welche dem neugebildeten Verein angehörten, erhielten schon an demselben Tage, an welchem das Mitgliederverzeichniß eingereicht worden war, ihre Kündigung. Auf anderen Fabriken wurde ebenfalls wegen der Vereinsgründung gegen Arbeiter vorgegangen. Der Vorstand des auf diese Weise amtlich berücksichtigten Vereins wandte sich beschwerdeführend an die Bezirksregierung in Köln, worauf ihm nach der „Rheinischen Zeitung“ vor einigen Tagen folgender Bescheid zuging:

„Euskirchen, den 19. April 1894.

Auf die unterm 12. v. M. an die königliche Regierung in Köln gerichtete, an mich abgegebene Beschwerde gegen den Herrn Bürgermeister Selbach hierselbst gereicht Ihnen Folgendes zum Bescheide:

Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß der genannte Herr Bürgermeister keineswegs Veranlassung gegeben hat, daß dem einen oder anderen Mitgliede des am 13. Februar d. J. gegründeten Arbeiterbildungsvereins das Arbeitsverhältniß gekündigt worden ist, durch die Bekanntgabe der Namen der Mitglieder des Vereins hat derselbe aber seine Befugnisse nicht überschritten.

Hiernach lag ein Grund zu einer Beschwerde gegen den genannten Herrn Bürgermeister nicht vor.

Es wird Ihnen anheimgegeben, den Mitunterzeichner der Beschwerde hiervon in Kenntniß zu setzen.

Der Königliche Landrath,
Frhr. v. (Name unleserlich),
Geheimer Regierungs-Rath.

An Herrn Josef Fränz hier, Wolfsgasse.“

Voraussichtlich dürften, wie die „Rheinische Zeitung“ mittheilt, die Empfänger des Bescheides eine Instanz höher gehen, um die Frage zur letzten Entscheidung zu bringen, ob die Polizei die Listen der Mitglieder der bei ihr angemeldeten Vereine einzelnen Interessenten zur Verfügung stellen darf.

Junkerkalauer. Nach dem stenographischen Bericht hat Abg. Freiherr v. Manteuffel kurz vor Schluß des Reichstages gegen Herrn v. Benningsen geäußert, derselbe habe unlängst darauf hingewiesen, daß die Landwirthschaft an Nebeneinnahmen und aus den gesteigerten Preisen derselben einen nicht ganz unerheblichen Mehrgewinn hätte als früher. Freiherr v. Manteuffel fuhr aldann fort, wie folgt:

„Er hat sogar auf die Eier Bezug genommen. Ja, meine Herren, wenn die Landwirthschaft von den Eiern leben soll, dann glaube ich, wäre sie bereits am Rande des Verderbens angekommen. Mag der Verbrauch an Eiern in der nationalliberalen Partei bei den vielen Eiertänzen, die sie auszuführen hat, auch noch so groß sein, so glaube ich doch, daß die Eier, die die nationalliberale Partei zu Wege bringen wird, ziemlich unfruchtbar sein werden, nachdem ihr der Hahn abhanden gekommen ist.“

Die „Nationallib. Korrsp.“ beklagt natürlich diese Verrohung des Tones, welche solche Aeußerungen im Reichstag mit sich bringen. Die „Nationalztg.“ nennt diese Rede des Frhrn. v. Manteuffel ein Gemisch von Albernheit und Dreistigkeit. Sie räth „Herrn v. Manteuffel, sich, wenn es mit der Landwirthschaft in der That so ganz und gar nicht geht, wie er behauptet, um eine Stelle als Clown in einem Cirkus zu bewerben; aber natürlich nur in einem solchen untergeordneten Ranges; für Renz würde der Witz eines so traurigen Spaßmachers nicht ausreichen.“

Was sagen Herr Biehl, Herr Ackermann und die anderen Innungsbrüder dazu? In der bayerischen Reichsratskammer erklärte der frühere Reichstagsabgeordnete v. Hertling, der von der Zentrumspartei für einen hervorragenden Sozialpolitiker gehalten wird, daß die Zentrumsanträge auf Zwangsinnung und Befähigungsnachweis abgelehnt werden müssen. Herr v. Hertling erklärt die Innungen für eine veraltete Einrichtung, welche durch die Entwickelung der modernen Zeit vollständig überholt sei; die Gegenwart lasse sich nicht in die Schablone veralteter Organisationen hineinzwängen; dafür sei die Entwickelung der Industrie zu weit vorgeschritten, welche auch die Einführung des Befähigungsnachweises unmöglich mache. Das Handwerk könne sich durch Selbst-

hilfe, durch Association sehr gut vor dem Untergang bewahren, der Staat könne aber nicht die Aufgabe haben, eine veraltete Institution der Gütererzeugung und Vertheilung aufrecht zu erhalten. Das Bemerkenswerteste an der Rede war, daß die Kammer der Reichsräte einstimmig den Anträgen des Freiherrn v. Hertling beitrat. Es ist dies ein schwerer Schlag für die Innungszöpfe.

Die staatliche Arbeiterfürsorge. Daß die organisirten Bergarbeiter den ganzen Zorn des preußischen Fiskus auf sich geladen haben, ist längst bekannt. Allerliebst ist jenes kleine Histörchen, welches die „Frkf. Ztg." aus dem Saargebiet mittheilt:

St. Johann a. d. S. Der vom bergmännischen Rechtsschutzverein in Bildstock errichtete Saalbau, als dessen sonstiger Eigenthümer das frühere Vorstandsmitglied Berlanger in dem Kaufakt über den Grund und Boden des Gebäudes verzeichnet ist, ging vor einiger Zeit, wie auch in der „Frkf. Ztg." berichtet wurde, für den Kaufpreis von ca. 30 000 Mk. in den Besitz des Bierbrauers Friedrich Schmidt zu Neukirchen über. Hinter diesem stand, wie wir zuverlässig wissen, Niemand anders als der Kgl. Preuß. Bergfiskus selbst. Der Behörde kam es darauf an, ein Seßhaftwerden der Sozialdemokratie im Saarrevier unter allen Umständen zu verhüten. Behufs Ungültigkeitserklärung des von Berwanger mit Schmidt gethätigten Verkaufes des Saalbaus hatten verschiedene der früheren Vorstandsmitglieder und Führer der bergmännischen Bewegung, insbesondere Warken und Schillo, die Feststellungsklage bei dem Landgericht Saarbrücken erhoben. Nachdem im Laufe des Rechtsstreites ein Theil der Kläger aus dem Prozeß freiwillig ausgeschieden war, hat das Landgericht gestern die erwähnte Klage kostenfällig abgewiesen und damit das Eigenthum des p. Schmidt anerkannt. Mangels der erforderlichen Geldmittel dürfte diese Angelegenheit beendigt und eine Berufung an das Oberlandesgericht zu Köln ausgeschlossen sein."

Der Fiskus mag sich beruhigen; denn ihr könnt den Geist nicht töten, der über eurem Haupte, ein kühner Adler, kreist.

Kapitalistische „Entbehrunglöhne". Unser Mannheimer Parteiorgan, die „Volksstimme", theilt mit, daß die „Badische Anilin- und Sodafabrik" in Ludwigshafen im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von $7^3/_4$ Millionen Mark aufzuweisen hat. 27 pCt. Dividende kommen auf das Aktienkapital zur Vertheilung. Und diese riesenhaften Ueberschüsse sind erzielt worden bei einem durchschnittlichen Verdienst eines Arbeiters von kaum 300 Mark! Und daß ist nur der Reingewinn! Der eigentliche Mehrwerth, d. h. der Ueberschuß, den der Werth der Produkte der Arbeiter über den Lohn beträgt, den sie dafür erhalten, er ist noch weit, weit größer! Jene $7^3/_4$ Millionen Mark sind nur der Rest des ganzen Mehrwerths, nachdem noch so Vieles, was man zu den Produktions- und Verkaufskosten rechnet (Miethen, Besoldungen der Direktoren u. s. w., Tantiemen, Bezahlung des kaufmännischen Personals, Verluste, Steuern u. s. w.), davon abgezogen! Und doch diese riesigen Summen! Wie erschreckend hoch muß das Maß der Ausbeutung sein, wenn für die Aktionäre, die keine Hand gerührt, solche „Entbehrungslöhne" sich erübrigen lassen! Die Armuth ist für die Arbeit, der Reichthum für die Nichtarbeit; die Arbeiter, welche alle Werthe erzeugen oder doch nutzbar machen, sind von dem Genuß derselben ausgeschlossen; dieser ist das Monopol der Nichtarbeiter. Dadurch wird die Ungleichheit zur empörendsten Ungerechtigkeit, zu einem Brandmal unserer Zivilisation! Jene $7^3/_4$ Millionen Mark, welche die Kapitalisten des Ludwigshafener Anilinkönigreiches als das Ergebniß nicht bezahlter Arbeit einstreichen, sind ein Raub am Verdienste der Arbeiter, ein Raub, der von dem Handwerk des Strauchritters und Wegelagerers sich nur dadurch unterscheidet, daß er durch unsere Gesetzgebung sanktionirt wird. Anstatt die Strafe des Müssiggangs zu sein, ist der Hunger heute der Fluch der Arbeit! Aber ein Gutes haben sie, diese Kulminationspunkte großkapitalistischer Betriebsweise: sie zeigen dem Volke mit Flammenschrift die Schäden der bestehenden „Ordnung", sie weisen auch den blödesten Augen den Weg, der uns zu besseren menschenwürdigeren Zuständen führt. Jede neue Million dieses christlichen „Reingewinnes" ist ein weiterer Spatenstich am Grabe des kapitalistischen Wirthschaftssystems.

Die Isteinnahmen des Reiches an Zöllen und Verbrauchssteuern haben im Monat März dieselben Einnahmen im März des Vorjahres um 2,407,998 Mark überschritten. Hiervon entfallen 909,427 Mk. auf die Mehreinnahmen an Zöllen. Da der Monat März der letzte Monat des Etatsjahres 1893—94 ist, so ergiebt sich für das ganze Jahr eine Isteinnahme des Reiches an Zöllen und Verbrauchssteuern von 605,167,451 Mk. Das Etatssoll des Jahres 1893—94 betrug nur 602,859,000 Mark. Das Etatssoll ist also schon jetzt um $2^1/_2$ Millionen Mark überschritten. Bekanntlich aber pflegen auch nach Ablauf des Etatsjahres weitere Einnahmebeträge für Rechnung dieses Jahres noch nachträglich zur Buchung zu kommen. — Die angeschriebenen Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern, also einschließlich der kreditirten Beträge, beliefen sich für 1893 bis 1894 auf 665,175,926 Mark. Das Plus gegen dieselbe Ziffer des Vorjahres beträgt hier 53,880,786 Mk. Hierbei kommen aber die veränderten Creditverhältnisse aus Anlaß des neuen Zuckersteuergesetzes in Betracht. — Was die Stempelsteuern anbetrifft, so hat der Monat März bei den Werthpapieren gegen den März des Vorjahres ein Plus von 231,179 Mk. ergeben und schließt das ganze Etatsjahr ab mit einem Plus gegen das Vorjahr von 521,025 Mark. Bei dem Stempel auf Kauf- und Anschaffungsgeschäfte aber sind die Einnahmen auch im März noch weiter, und zwar um 107,062 Mk. zurückgegangen, so daß das ganze Jahr gegen das Vorjahr mit einem Minus von 1,138,888 Mk. abschließt.

In Disziplinar-Untersuchung ist, wie aus Kamerun gemeldet wird, der Verfasser des unlängst in der „Neuen deutschen Revue" veröffentlichten Kameruner Tagebuches wegen der Schilderung der Soldatenmeuterei auf Befehl des Auswärtigen Amtes gezogen worden. Im Interesse eines objektiven Verfahrens läge es wohl, diese Untersuchung nicht in Kamerun, wo die Beschuldigten leicht Richter sein könnten, sondern in Berlin zu führen.

Verjüngung der Armee. In sonst gut unterrichteten Offizierskreisen hört man viel von überaus zahlreichen für den Monat Mai bevorstehenden Veränderungen sprechen. Es sollen, wie die „Vossische Zeitung" hört, allein von dreißig Generalen aller Waffen Abschiedsgesuche der allerhöchsten Entscheidung vorliegen; beispielsweise wird erzählt, daß in Breslau nicht nur der kommandirende General des VI. Armeecorps, sondern außer ihm noch ein Divisions- und zwei oder drei Brigadekommandeure, ferner vom I. Armeecorps beide Divisionskommandeure u. s. w. sich in's Privatleben zurückzuziehen beabsichtigen. — Natürlich kostet das wieder eine Masse Pensionsgelder, die Michel im Interesse der verjüngten Armee mit unbändiger Freude bezahlen wird und muß.

Der Stand der Saaten berechtigt nach statistischen Erhebungen in Preußen zur Erwartung einer Ernte (1 = sehr gut, 2 gut, 3 mittel resp. durchschnittlich, 4 gering, 5 sehr gering) für Winterweizen 2,3, Sommerweizen 2,3, Winterspelz 1,8, Winterroggen 2,3, Sommerroggen 2,5, Gerste 2,2, Hafer 2,4, Erbsen 2,3, Klee und Luzerne 3,4, Wiesen 2,8.

Die Aichung der Bierfässer scheint bevorzustehen. Die Staatsregierung hat über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit derselben Erhebungen veranlaßt, wonach sich herausstellte, daß sowohl die Bedürfnißfrage als auch die Frage, in welcher Weise Abhülfe zu schaffen sei, bei den Beteiligten selbst und bei den zuständigen Behörden eine verschiedene Beurteilung findet. Neuerdings ist auch, wie die „Nordd. Allg. Ztg." mittheilt, die kaiserliche Normalaichungskommission zur Begutachtung der Frage veranlaßt worden. Auf Grund der von dieser Behörde abgegebenen Aeußerung unterliegt die Angelegenheit zur Zeit im Reichsamt des Inneren der Prüfung. In dem Gesetzentwurf über die Bezeichnung des Raumgehaltes der Schankgefäße war s. Z. regierungsseitig vorgeschlagen, alle Fässer, also auch die Bierfässer, dem Aichungszwange zu unterwerfen; der Reichstag hat indessen diesen Vorschlag abgelehnt.

Oesterreich.

Ueber den großen Tischlerstreik in Wien berichtet die Wiener „Arbeiter-Zeitung":

„Das Komiteelokal des Gehilfenausschusses in der Gumpendorfer Bierhalle gleicht einem Feldlager; Ordonnanzen kommen und gehen. Während des ganzen Tages ist das Komitee in Permanenz, um Mittheilungen der Gehilfen und Zuschriften der Meister entgegenzunehmen. Um die Geschäftsführung des Lohn-Komitees zu erleichtern, sind Bezirksausschüsse gebildet worden, an welche sich die Genossen, welche in den betreffenden Werkstätten eines Bezirkes gearbeitet haben, mit ihrem Anliegen zuerst zu wenden haben.

Von Seite des Streik-Komitees wurden an die Vertrauensmänner sämmtlicher Bezirksorganisationen der streikenden Tischlergehilfen Instruktionen des Inhalts ertheilt, daß dieselben in erster Linie für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen und jeder Ausschreitung entschiedenst entgegenzutreten hätten. Des Weiteren wurde der Auftrag ertheilt, daß in keiner Werkstätte die Arbeit wieder aufgenommen werden dürfe, falls nicht die Meister dem Lohn-Komitee eine schriftliche Erklärung abgeben, daß sie sämmtliche Forderungen der Gehilfenschaft unverändert bewilligen.

Zahlreiche Zuschriften von Meistern langen an das Lohn-Komitee ein, worin ein Theil der Forderungen der Gehilfen bewilligt wird, indessen beharrt das Lohn-Komitee auf vollständige Erfüllung der Forderungen. Das größte Hinderniß bildet das Verlangen nach dem Achtstundentag. Viele Meister gewähren eine neunstündige Arbeitszeit und eine 15 bis 20prozentige Lohnerhöhung. Auch in die Freigebung des 1. Mai und dessen Bezahlung willigt die Mehrzahl, doch wollen die Meister absolut nichts von der Abschaffung der Akkordarbeit hören.

Eine Anzahl Meister haben sich bis gestern Nachmittag schriftlich bereit erklärt, sämmtliche Forderungen der Gehilfen zu erfüllen, und in diesen Werkstätten wird die Arbeit sofort wieder aufgenommen werden.

Das Komitee der Nahrungsmittel-Ausstellung wurde durch den Ausbruch des Tischlerstreiks in der unangenehmsten Weise überrascht, denn wenn die noch rückständigen Tischlerarbeiten nicht schleunigst ausgeführt werden, so ist die Eröffnung der Ausstellung in Frage gestellt.

Bekanntlich sollte die Eröffnung schon am Freitag, den 20. d. erfolgen, und hatte der Kaiser seine Betheiligung an diesem Akt in Aussicht gestellt. Wie gewöhnlich war in den letzten Tagen noch gar Manches zu thun und waren etwa 50 Tischler in der Ausstellung thätig, welche vollauf zu thun gehabt hätten, um mit dem noch Fehlenden einigermaßen fertig zu werden. Nun aber der Streik beschlossen war, traten diese zum Schrecken des Komitees in den Streik ein.

Der Präsident der Ausstellung, Fürst Wrede, erschien am Dienstag beim Streikkomitee und ersuchte, man möge, nachdem die Ausstellung im Interesse der Allgemeinheit gelegen sei, die Tischler in der Ausstellung arbeiten lassen. Er sagte die 8stündige Arbeitszeit und eine Erhöhung des Lohnes auf drei Gulden pro Tag zu. Das Streik-Komitee wies darauf hin, daß von Seite der Statthalterei eine Verfügung getroffen worden sei, wonach die Streikenden als vertragsbrüchig mit der vollen Strenge des Gesetzes zu behandeln seien. Wenn man rücksichtslos mit den Streikenden vorgehe, dürfe man von ihnen keine Rücksicht erwarten.

Der Streik in der Ausstellung bleibt aufrecht erhalten. Daran ändert auch die Drohung nichts, daß 300 Militärtischler dem Ausstellungs-Komitee zur Verfügung gestellt werden sollen.

Schweden.

Der Militarismus als ewiger Moloch. Auch in Schweden verlangt man wieder für den Neubau von Kasernen die Kleinigkeit von 4,690,000 Kronen (etwa 5 Millionen Mark), obwohl man durch Umbau bestehender Kasernen dasselbe Ziel erreichen und 2 Millionen sparen könnte; aber das Militär hat es ja nicht nöthig zu sparen.

Amerika.

Die Arbeitslosen-Bewegung in den Vereinigten Staaten. Allem Aussehen nach, ist der von Coxey in Scene gesetzte Marsch doch von größerer Bedeutung, als wir ihm nach den Zeitungsstimmen beilegen wollten. So schreibt das „Hamburger Echo" doch jedenfalls auf Grund authentischer Nachrichten, daß die begonnene Massenwanderung der Arbeitslosen des ganzen Landes nach der Kongreßstadt Washington ungeheure Aufregung bewirke. Die Zahl der Arbeitslosen in den Nordstaaten der Union ist nach Hunderttausenden zu beziffern und diese Gelegenheit wurde in den Industrie- und Bergwerksbezirken des Ostens zur Herabsetzung der Arbeitslöhne benutzt. Die Folge ist der große Ausstand in den Kohlen- und Kokesdistrikten Pennsylvaniens und am Sonnabend, 21. April, wollten weitere 200 000 Mann in verschiedenen anderen Staaten die Arbeit niederlegen.

Selbst bürgerliche Blätter geben unumwunden zu, daß furchtbare Noth die Triebfeder der Bewegung ist. Und es kommt hinzu, daß der reiche Privatier Coxey den Plan faßte, eine Armee von Arbeitslosen nach Washington zu bringen, wo sie vor dem Kapitol demonstriren sollen. Anfangs wurde dieser Plan nicht ernst genommen, man verlachte den sonderbaren Kauz, der da glaubte, die Leute ohne Geld und Hülfsquellen aus dem Riesenreiche nach dem Osten bringen zu können. Heute ist allen amerikanischen Blättern das Lachen vergangen, und im Kongreß sinnt man auf Mittel, dem „Kreuzzug des Proletariats" zu begegnen. Hunderttausende befinden sich auf dem Marsch nach Washington; ein Theil der Armee der Arbeitslosen ist dort bereits eingetroffen, und einzelne Bahnen und städtische Behörden beeilen sich, durch freie Fahrt und Beköstigung die gefährliche Gesellschaft über die Grenze ihres Counties zu bringen. Dadurch ist das Gelingen des Zuges gewährleistet und am 1. Mai wird Washington die größte Demonstration als Maifeier sehen, die die Welt bisher erlebt hat. Wohl soll die Miliz aufgeboten werden, aber was sind die paar Mann gegen die ungezählten Massen der Arbeitslosen! In Südkarolina hat es sich gezeigt, daß bei der Einberufung der Milizen die meisten Leute ausblieben. Was werden die öffentlichen Gewalten thun?

Im Senat stellten schon am 19. April die Senatoren Pfeffer und Allen von Nebraska, Beide zur Volkspartei gehörig, den Antrag, einen Ausschuß einzusetzen, um Delegirte der Coxey'schen Arbeiterarmee, die sich jetzt auf dem Marsche nach Washington befindet, zu vernehmen. Pfeffer erklärte, die Arbeiterarmee bestehe aus friedlichen Bürgern, und Allen behauptete, die Leute hätten ein Recht, nach Washington zu wandern, die Gallerien beider Häuser zu besetzen und ihre Anliegen dem Kongresse vorzubringen. Es sei ungehörig, die Miliz gegen sie aufzubieten.

Der Kongreß wird nicht geneigt sein, sich auf lange Unterhandlungen einzulassen. Ueberdies ist er nicht in der Lage, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, ihren Hunger zu stillen und ihre Blößen zu bedecken. Die unfreiwillig Feiernden aus allen Himmelsgegenden der Union mögen sich wohl gesagt haben, daß es gleichgültig sei, wo man Hungers stirbt, ob in der Heimath oder in Washington.

Wenn die Armen glauben, daß ihnen das Parlament Brot reichen wird, so werden sie bitter enttäuscht sein; nicht Brot, sondern Steine wird ihnen der Kongreß vorwerfen. Welches Land der Welt ist so reich gesegnet wie Amerika, wo haben Handel und Industrie so rasche Fortschritte gemacht wie in Amerika, wo sind so rasch Reichthümer in so unerhörtem Umfange angehäuft worden wie in Amerika? Wo ist dagegen auch das Elend so groß, wie in den Vereinigten Staaten, die Boden genug besitzen, um eine drei Mal so große Volksmenge reichlich zu ernähren, als sie thatsächlich zählen?

Das ist der Fluch der kapitalistischen Ausbeutungswirthschaft! Wenn nun die Hunderttausende der von diesem Fluche Betroffenen, die Armeen der Arbeitslosen, sich vor den Widerstand und die Unfähigkeit der Gesetzgebung und der herrschenden Klassen, ihnen zu helfen, gestellt sehen, — was dann? Wenn sie dann zur Gewalt schreiten, wenn sie nicht heroisch verhungern wollen, sondern ihr Menschenrecht mit gewaffneter Faust gegen die Ausbeutergesellschaft geltend machen, — so hat lediglich diese Gesellschaft, sie ganz allein, die Verantwortung dafür zu tragen.

Lübeck und Umgegend.

26. April.

Zur Reichstagswahl in Pinneberg. Die Antisemiten in Hamburg haben nach der „Staatsbürgerzeitung" beschlossen, für die Ersatzwahl den Reichstagsabgeordneten Dr. Böckel als Zählkandidaten aufzustellen, um durch eine umfassende Agitation für denselben Erfolg für die Reichstagswahl im Jahre 1898 vorzubereiten.

Die Entrüstung der „Lübeckischen Anzeigen" über eine „frivole" Notiz der „Freis. Ztg." ist einfach rührend; sie schreiben:

„Die gestern von uns wiedergegebene Meldung der „Freis. Ztg.", wonach Graf Limburg-Styrum am Sonntag beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen ist, hatten wir nicht dem genannten Blatte selbst entnommen, sondern sie war uns durch ein Berliner Depeschenbureau kurz übermittelt worden. Erst heute lesen wir, daß die „Freis. Ztg." ihre Meldung mit dem Zusatz ver-

sehen hat, daß Graf Limburg in Friedrichsruh gewesen sei, „um sich von dem Chef der Opposition daselbst neue Direktiven für die agrarische Fronde gegen den Amtsnachfolger des Fürsten Bismarck zu holen." In solcher Weise wird denunzirt und Falsches in bewußter Absicht behauptet. Graf Limburg-Styrum ist ein langjähriger Freund des Bismarck'schen Hauses und hat dem Altreichskanzler die Treue zu einer Zeit bewahrt, wo dies kein Empfehlungsbrief nach oben war. Daß sich der Parlamentarier mit dem Staatsmanne bespricht, dessen weiter Blick und dessen Vaterlandsliebe doch wohl über jedem Zweifel erhaben sind, ist nicht nur natürlich, sondern erfreulich, denn der Graf ist einer der Führer der Konservativen im Reichstag und im Landtag und gerade diesen kann eine Belehrung über die Irrwege, die sie einzuschlagen im Begriffe sind, wahrlich sehr dienlich sein. (Na, na!) Den Fürsten Bismarck aber als den geistigen Leiter der Fronde (?) bezeichnen, heißt die einzige Sorge des im achtzigsten Lebensjahre stehenden Schöpfer des Reiches in beklagenswerther Weise verkennen und grenzt an Verleumdung. Wenn dieser Ton aus der Presse nicht verschwinden will, dann klage man nicht über Verrohung und Herabsinken des geistigen Niveaus im Parlament und im Volke."

Wir fühlen uns nicht veranlaßt, für die „Freis. Ztg." eine Lanze zu brechen, sondern überlassen das getrost ihr selbst. Uns frappirt nur der Schlußsatz des Lamentos. Die „Lübeckischen Anzeigen", die ja doch, wie wir neulich nachgewiesen haben, die „Kreuz-Zeitung" lesen, sollten sich über den „Ton" der Presse nicht allzu sehr beklagen. Des Kanzlers „allergetreueste Opposition" schlägt doch thatsächlich einen Ton an, der zu den „Umgangsformen" eines „Edelsten der Nation" durchaus nicht paßt. Feg' Jeder vor seiner eigenen Thür!

Doppeladressen auf Postsendungen. Während die Postordnung allgemein ganz präcise gefaßte Adressen (persönliche Benennung des Adressaten) unabweisbar fordert, läßt sie folgende neuerdings erweiterte Ausnahmen zu: Sendungen, welche an Eheleute oder namentlich bezeichnete Familienglieder, Miteigenthümer oder Miterben gemeinschaftlich gerichtet sind, können zur Besorgung durch die Post angenommen werden. Ferner dürfen in denjenigen Fällen, in welchen mehrere Personen ein Geschäft 2c. gemeinschaftlich betreiben, ohne daß sie eine Handelsfirma bilden, z. B. wenn zwei Rechtsanwälte sich zur gemeinschaftlichen Ausübung ihrer Praxis verbunden haben, die sämmtlichen Inhaber des Geschäfts in der Aufschrift der Sendungen angegeben werden. Behufs der Aushändigung bezw. Quittirung solcher Postsendungen unter den letztgenannten Adressen ist dann noch bestimmt, daß Sendungen, in deren Aufschrift alle diese Personen genannt sind, einem Einzelnen von ihnen ausgehändigt werden können, wenn die Personen eine Vollmacht gemeinschaftlich ausfertigen, durch welche jeder für sich allein oder einer von ihnen zur Empfangnahme der Postsendungen ermächtigt wird.

Probefahrt. Wie die „Lüb. Anz." erfahren, wird die erste Probefahrt mit elektrischem Betrieb in der Nacht vom Montag auf Dienstag stattfinden, jedoch soll sich dieselbe nur auf die Roeckstraße erstrecken.

Circus-Transport. Gestern Nachmittag wurde der Circus Kolzen, bestehend aus ca. 40 Personen, 40 bis 45 Race- und anderen Pferden, einer Meute schöner Hunde und zwei dressirten Ziegen, vom Dampfer „Gauthiod" verladen um nach Stockholm überführt zu werden.

Schifffahrt. Das erste Segelschiff aus Finnland traf gestern mit einer Holzladung hier ein. Und zwar war es der Dreimastschooner „Ida", welcher auch im vorigen Jahre als erstes Segelschiff hier eintraf. Hoffentlich wird sich von jetzt an die Einfuhr von Holz von Finnischen Seglern etwas mehr heben und dadurch den auf den hiesigen Holzlagerplätzen beschäftigten Arbeitern mehr Arbeitsgelegenheit bieten. Auf einem der größten hiesigen Holzlagerplatze scheint man allerdings sehr besorgt um die Angehörigen der „Ferienkolonie" zu sein, wenigstens sollen dort mehrere von ihnen beschäftigt werden. Arbeitslose Steuerzahler giebt es in Lübeck doch genug. Weshalb stellt man diese nicht ein?

Moltkebrücke. Der Verkehr über die neue Brücke ist zur Zeit schon ein recht erheblicher. Zahlreiche Spaziergänger passieren dieselbe. Für die in der Roeck- und Marlystraße gelegenen Wirthschaften, sowie für den Zoologischen Garten ist diese Verbindung des Hüxterthors mit dem Burgthor jedenfalls von Vortheil. Die neue Brücke ist geschmackvoll ausgeführt und dürfte durch sie auch die Wahmstraße an Bedeutung gewinnen.

Arbeiter-Turnfahrt. Am Sonnabend, 9½ Uhr Abends, unternahm der Arbeiter-Turnverein eine Nachttour über Schwartau, Hemmelsdorf, Timmendorf und Niendorf nach Travemünde und zurück. Es hatten sich ca. 80 Mitglieder zu derselben eingefunden und wurde die Tour unter frohem Gesang, sprudelndem Witz, in heiterer und vergnügter Stimmung zurückgelegt. Nach dem in obengenannten Orten eingekehrt war, kam man um 6 Uhr morgens in Travemünde an und marschirten um ¾7 wieder über die Herrenfähre nach Lübeck zurück, sodaß man gegen 9 Uhr im Vereinslokal ankam; die Tour von Travemünde nach hier wurde, trotz des vorher zurückgelegten 8 Stunden langen Marsches, in 2 Stunden 20 Minuten zurückgelegt. Es wurde im Durchschnitt in 8 Minuten 45 Secunden 1 Kilometer gegangen.

Eine Mißhandlung wurde gestern Abend auf der Genossenschafts-Meierei an dem Arbeitsburschen vom Wagen Nr. 4 ausgeübt. Der Bursche war durstig und ging deshalb zum Haushälter und bat um ein wenig Milch, in derselben Minute kam aber auch der Kutscher Jarchow und gab dem Burschen eine Ohrfeige. Doch der Bursche dachte sich nichts dabei, trank weiter. Plötzlich kam der Kutscher wieder zu ihm, drückte ihm die Kehle zu und schlug ihn in's Gesicht, so daß das Blut aus Nase und Mund kam. Jedenfalls findet die Mißhandlung vor Gericht noch ihren Schluß.

Hamburg. Der russische Handelsvertrag regt hier bereits zu neuen Unternehmungen an. Die „Levante-Linie" gedenkt zum Juni eine direkte Dampfschiffverbindung zwischen Hamburg und Odessa einzurichten.

Oldesloe. Nach dem „Oldesloer Landbote" wurde ein recht frecher Diebstahl Montag Nacht gegen 12 Uhr in dem Hause der Ww. Paffrath in der Bahnhofstraße versucht. Der Dieb war in das nach der Straße belegene, offenstehende Fenster gestiegen und hatte in mehrerern Zimmern die Sränke und Behälter durchwühlt und verschiedene Wäsche- sowie Kleidungsstücke ausgepackt, wovon er sich einige Stücke ausgesucht und in ein Packet zusammengebunden hatte, wobei auch ein ziemlich großer Stein vorgefunden wurde. Zweifellos hat der Gauner es auf Werthsachen abgesehen gehabt, die, da z. B. einige Zimmer tapezirt werden, zum Glück einen anderen Platz bekommen hatten. Ein plötzliches Geräusch muß den Dieb verjagt haben, denn derselbe sprang plötzlich, als zwei Bahnbeamte im Moment dort vorbeigingen, ohne Fußbekleidung aus dem Fenster und suchte das Weite. Derselbe würde einen üblen Empfang zu gewärtigen gehabt haben, wenn die Beamten diese Frechheit nicht als einen Witz eines Bekannten aufgefaßt hätten. Leider gelang es den Beamten nach erlangter Kenntniß der Sachlage nicht, den leichtflüssigen Springer durch Ergreifen dem Arm der Gerichte auszuliefern. Der Dieb war von schlanker Statur, ging anscheinend sehr gut gekleidet und trug einen dunklen Anzug mit weißem Vorhemd und schwarzem Shlipse.

Neumünster. Eine Provinzial-Konferenz des deutschen Holzarbeiterverbandes tagte am Sonntag in unserem Orte. Anwesend waren 23 Delegirte, welche die Orte, Altona, Hamburg, Wandsbeck, Husum, Mölln, Lauenburg, Oldesloe, Neumünster, Rendsburg, Flensburg, Kiel, Gaarden, Pinneberg, Meldorf, Itzehoe, Schleswig, Preetz, Uetersen, Apenrade und Eutin vertraten. Aus der umfangreichen Berichterstattung, an der sich sämmtliche Delegirten betheiligten, geht hervor, daß die Organisation des Holzarbeiterverbandes, soweit es die Branchen außer den Tischlern betrifft, im Argen liegt. Um hierin Remendur zu schaffen, wurde ein Antrag des Wandsbecker Delegirten, eine Agitationskommission zu wählen, welche die Agitation in der Provinz planmäßig zu betreiben hat, angenommen. Jeder Zahlstelle wurde die Verpflichtung auferlegt, nach Möglichkeit zu den Kosten der Agitation beizusteuern.

Glückstadt. Bei Glückstadt ist ein mit Stückgut von Altona nach Föhr bestimmtes zwölfpferdiges Möserfahrzeug explodirt. Die aus fünf Personen bestehende Besatzung ist umgekommen.

Friedrichstadt. Dienstag Morgen wurde der Bankdirektor Hashage von hier nach Flensburg überführt, wo das Hauptverfahren gegen denselben eingeleitet wird. Hinsichtlich der Deckung des durch die Veruntreuungen des Verhafteten verursachten Verlustes des Bankvereins hatte bekanntlich der Rechtsanwalt Stemann-Flensburg in der Generalversammlung sich dahin geäußert, daß nach einem reichsgerichtlichen Erkenntniß die Aktionäre nur mit dem Nennwerth ihrer Aktien ersatzpflichtig seien, daß also die Bestimmung des Statuts, nach welcher die Aktionäre mit dem 10fachen Betrag ihrer Aktien für den Verlust haften, hinfällig sei. Nun soll aber am Tage nach der Generalversammlung unter Hashage'schen Papieren ein Dokument vorgefunden sein, auf welchem sich die Aktieninhaber durch Namensunterschrift verpflichtet haben, für alle und jede Verlüste, die die Bank treffen würden, bis zum Betrag von 3000 Mk. (d. i. der 10fache Betrag der auf 300 Mk. lautenden Aktie) für jede Aktie zu haften. Eine nette Ordnungsstütze!

Güstrow. Den „M. N." wird aus Suckow bei Güstrow berichtet: Unter den preußischen Rübenarbeitern hierselbst sind am gestrigen Tage an einer männlichen Person die schwarzen Blattern konstatirt. Die Rübenarbeiter, 40 an der Zahl, sind vor 11 Tagen aus nächster Nähe der russischen Grenze eingetroffen. Eine Schwester des Erkrankten, die ihn einige Tage gepflegt hat, ist sogar nicht geimpft, alle andern sind in früheren Jahren als Kinder geimpft. In dem Seuchenhause des Güstrower Krankenhauses wollten sie den Blatterkranken nicht aufnehmen. Es wurde daher am gestrigen Tage sofort eine Baracke gebaut, worin der Kranke untergebracht wurde.

Gerichtliches.

Wer durch Drohungen einen Anderen zu bestimmen versucht, den Verabredungen zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten, wird nach § 153 der Gewerbeordnung bestraft. Was unter „Drohungen" zu verstehen ist, hat die I. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zu erörtern. Der Lithograph Paul Henning befand sich auf der Anklagebank, weil er gegen den §. 153 verstoßen haben sollte. Die Berliner Kunstdruck- und Verlags-Anstalt, vormals A. und C. Kaufmann, hatte vor einiger Zeit ihren Betrieb nach Brandenburg verlegt. Als dort niedrigere Löhne eingeführt wurden, als sie in Berlin üblich waren, legten die Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder und es wurden die üblichen Maßnahmen getroffen, um Zuzug fern zu halten. Zu diesem Zwecke scheint sich der Angeklagte während des ganzen Tages vor dem hiesigen Geschäftslokal der Gesellschaft am Schiffbauerdamm aufgehalten zu haben. Eines Tages meldete sich im Comptoir daselbst eine Arbeiterin zur Einstellung in Brandenburg und erzählte, daß der Angeklagte wiederholt versucht habe, sie von der Arbeitsaufnahme zurückzuhalten, indem er ihr gedroht habe, daß sie beim Eintreffen in Brandenburg zweifellos von den strikenden Genossen durchgeprügelt werden würde. Daraufhin erfolgte die Anklage. Der Staatsanwalt glaubte, daß solcher Terrorismus dem freien Willen eines Anderen gegenüber streng bestraft werden müsse und beantragte 3 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erkannte jedoch auf **Freisprechung**. Er nahm an, daß der Angeklagte nicht gedroht habe, selbst Gewalt auszuüben und daß in diesem Hinweis auf späteres Ungemach, welches die Zeugin erwarte, keine Drohung, sondern eine Warnung zu erblicken sei.

Vermischtes.

Leipzig. Ueber die vor Kurzem erfolgte Verhaftung des Rittergutsbesitzers Crome auf Wäldgen (Königreich Sachsen) berichtet die „Leipz. Gerichtsztg." des Näheren, daß Crome nicht allein unter dem Verdachte steht, seinen Stiefsohn, den Fähnrich Lasse, sondern auch seine erste Ehefrau ermordet zu haben. Der Verhaftete, der als ein „streng religiöser Mann" gilt, wird von den Dorfbewohnern, die ihn übrigens nicht leiden konnten, als sehr jähzornig und leidenschaftlich geschildert. Neben dem Rittergut Wäldgen, das er erst seit 8 Jahren besitzt, ist Crome, dessen Familie aus England einwanderte, noch Besitzer des Stammgutes Blochwitz bei Großenhain. Die Bewohner von Wäldgen sind nun der Meinung, daß Crome seinen Stiefsohn, welcher beim 28. rheinischen Infanterie-Regiment von Gröben in Koblenz stand und kurz vor Weihnachten Portepéefähnrich geworden war, getödtet hat, um dessen Vermögen für seinen einzigen Sohn aus zweiter Ehe zu sichern. Ueber den anderen Mordverdacht wird berichtet, daß Crome seltsamer Weise erst nach fast 27jähriger Ehe mit seiner ersten Frau eine Lebensversicherungspolice für sich und seine Frau auf 75 000 Mk. abgeschlossen hat und zwar dergestalt, daß der genannte Ertrag nach dem Tode des einen Gatten Eigenthum des überlebenden Gatten werden solle. Am 12. Dezember 1888 ist der Versicherungsvertrag abgeschlossen worden und am 13. Januar 1889 ist Frau Crome angeblich von einem Pferde im Stalle erschlagen worden. Die Todtenschau hat in beiden Fällen der Rittergutsbesitzer Crome als Gutspolizeibehörde selbst ausgeübt. Es wird nun Sache des Untersuchungsrichters in Leipzig sein, volle Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen.

Ein unfehlbares Mittel, woran man den Sozialdemokraten erkennt, ist nach Ansicht eines Herrn Polizei-Kommissars das Tragen eines Schlapphutes, wie folgendes Stückchen beweist: Ein alter Mann wurde wegen eines kleinen Vergehens in einer Stadt zu einer geringen Gefängnißstrafe verurtheilt. Auf Drängen seiner Freunde und Verwandten wurde ein Gnadengesuch an den Landesherrn eingereicht. Wie nun üblich, wurde dieses Schriftstück dem Polizeichef der betreffenden Stadt eingeschickt, damit sich dieser über die Führung, politische Stellung 2c. des Gesuchstellers äußere. Da nun der Chef unmöglich alle Leute kennen kann, wurde der betreffende Polizei-Revier-Vorsteher zum Bericht im obigen Sinne aufgefordert. Dieser gute Mann schrieb unter anderem: „Der So und So scheint Sozialdemokrat zu sein, er trägt einen Schlapphut." Nach dieser Ansicht sind alle Menschen, die sich unterstehen einen Schlapphut zu tragen, also Sozialdemokraten, mithin auch der gewesene Reichskanzler Bismarck, der bekanntlich außer Mütze und eventuell Helm nur Schlapphüte trägt und gegen dessen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei protestiren wir doch ganz energisch. Soll man sich über die Findigkeit des Reviervorstehers, oder über die Schlapphüte wundern????

Neueste Nachrichten.

Breslau. Ueber den Streik in dem russischen Gouvernement Petrikau wird weiter gemeldet, daß mehrere Arbeiteransammlungen durch Militär aus einander gesprengt wurden, wobei 16 Personen in Haft geriethen. Weitere Truppen sind herangezogen worden, sodaß um Sosnowice 1500 Mann konzentrirt sind. Reserven stehen 800 Mann bereit. Der Streik greift immer weiter um sich.

Zur Maifeier erläßt der Parteivorstand im „Vorwärts" einen Aufruf, die Maidemonstration zu einer möglichst großartigen Kundgebung zu gestalten. Wir bringen den Aufruf morgen zum Abdruck.

Stuttgart. Dem „Neuen Tageblatt" zufolge ist der Schneiderstreik durch gegenseitige Konzessionen der Prinzipale und Gehülfen beendet und die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden.

Odessa. In dem großen Prozeß wegen Fälschung des für die Nothleidenden im Gouvernement Samara bestimmten Getreides wurden vier Angeklagte von dem Bezirksgericht für schuldig befunden, drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Briefkasten.

Schriftliche und mündliche Auskunft auf Anfragen wird nur Denjenigen, die sich als Abonnenten ausweisen können, ertheilt. Sprechzeit der Redaktion ist nur von 12—1½ Uhr Mittags. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Ein Anonymus. Ihr Stimmungsbild hat bei uns außerordentlich angesprochen. Wir würden dasselbe sofort zum Abdruck bringen, wenn, ja wenn wir bestimmte Angaben über jene Zahlen hätten; wir selbst fahnden darnach. Im Sonstigen würde uns Ihre werthe Bekanntschaft recht angenehm sein. Falls Sie mich in der Redaktion nicht aufsuchen wollen, bitte besuchen Sie mich in meiner Privatwohnung Hartengrube 12, I. Etg., bin allerdings nur Nachmittags u. Abends zu sprechen. Ihre Anonymität bleibt in jeder Hinsicht gewahrt. Mit Gruß O. F.

Reinfelder Nachrichten. Wer gab Ihnen die Erlaubniß dazu, den von Beleidigungen strotzenden Bericht abzudrucken? War

der Konkurrenzneid vielleicht maßgebend? Glauben Sie etwa, wir kümmern uns um die Gassenbuben, die uns auf der Straße Koth nachwerfen?

Wetterbericht für die Ostseehäfen.

Mittwoch, den 25. April 1894.

Station	Barometer	Wind	Stärke	Wetter	Temp. Celsius	See g.
Memel	765,7	SSO.	3	bedeckt	9	ruhig
Neufahrwasser	762,9	S.	2	bedeckt	10	—
Swinemünde	761,1	SO.	1	Dunst	9	—
Kiel	761,4	Still.	—	bedeckt	9	—
Skagen	762,4	SSO.	1	bedeckt	7	—
Kopenhagen	762,6	O.	2	Nebel	5	—
Bornholm	762,7	Still.	—	Nebel	5	—
Stockholm	764,3	—	—	bedeckt	7	—
Riga	766,9	S.	1	klar	9	—

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Mittwoch, den 23. April.

2,30 U. N. D. Thor, Matsen, von Nackskow in 8 Std.

Donnerstag, den 26. April.

4,15 U. V. D. Najaden, Hulten, von Kopenhagen in 12 Std.
5,30 U. V. D. Donnevill, Mecken, von Warkworth in 5 Tg.
7,— U. V. D. Alice Krohn, Tretta, von Newcastel in 5 Tg.
8,20 U. V. Alpha, Ohlson, von Kopenhagen in 4 Tg.
9,15 U. V. Johanna, Marssen, von Fehmarn in 1 Tg.

Abgegangen:

Mittwoch, den 25. April.

10,50 U. V. D. Condor, Ohlsen, nach Sonderburg.
4,50 U. N. D. Livadia, Bendfeld, nach Kolding.
5,15 U. N. D. Adler, Fischer, nach Wismar.
5,— U. N. D. Vesta, Lindquist, nach Mariehamn.
7,15 U. N. D. Orion, Larsson, nach Kopenhagen.
7,35 U. N. D. Gauthiod, Rydell, nach Stockholm.
8,— U. N. D. Mertzen, Clavir, nach Stettin.
8,— U. N. D. Stella, Lindberg, nach Stockholm.

Donnerstag, den 26. April.

5,15 U. V. Vesta, Sjöuberg, nach Malmö
5,15 U. V. Aurora, Schlöpcke, nach Neustadt.
7,— U. V. Emerentia, Nilson, nach Faxö.
7,— U. V. Juliane, Larsson, nach Kopenhagen.
7,— U. V. Charlotte, Jonsson, nach Kalmar.
7,— U. V. Fäderinslanden, Jonsson, nach Mariehamn.
7,— U. V. D. Lehni, Mattson, nach Söderhamn.
7,— U. V. D. Fernand, Persson, nach Helsingborg.

Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm: 6,18 m. S., schwach.

Schiffsbewegung in der Ostsee:

D. Burg ist am 25. d. Mts. von Königsberg auf hier abgegangen.
D. Pehr Brahe ist am 24. d. Mts. in Hangö angekommen.
D. Marie Louise ist am 25. d. Mts. von Stagsund in Bremerhafen angekommen.

Streichfert. Oelfarben
fix und fertig z. Gebrauch,

schön mit **Glanz** trocknend, in allen Quantitäten billigst.
!!! Versandt stets prompt !!!

Ferd. Kayser, Farben u. Drogen, Breitestrasse 81.

Ferd. Kayser's Möbel-Politur

ist die **beste**, sie verarbeitet sich leicht, verleiht gebrauchten Möbeln wieder **neuen** und **dauernden Glanz** und ist billig, die Flasche **nur 50 Pf.**, empfehlenswerth für jede practische Hausfrau.

Ferd. Kayser, Drogen- und Farben-Handl.
Breitestr. 81, vis-a-vis Markt und Rathhaus.

Jede Dame,

welche ihren Teint in **Zartheit** und **Reinheit** lange erhalten will, brauche täglich echte

Lilienmilchseife.

Ferd. Kayser, Breitestraße 81.

Pferde-Lotterien!

Neubrandenburger, Ziehung: **2. Mai.**
Stettiner, Ziehung: **8. Mai.**

Glücksloose, à 1 Mark,
auf 10 Loose ein Freiloos,
empfiehlt

Paul Würzburg,
Lübeck,
32 Schüsselbuden 32.

Caffee, roh und geröstet,

Geschmack tadellos,
sowie **Caffeesurrogate,**
nur feinste Fabrikate,
liefert zu billigen Preisen

Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Matjes- und Flohmheringe

in bester Qualität
empfiehlt **Albert Bartelt**
Pfaffenstr. 16,
früher **Heinr. Köhler.**

Prima junges fettes Queenfleisch

per Pfd. 0,50 Mk.

Bratenstücke

per Pfd. 0,60 Mk. und 0,65 Mk.

Friedr. Piehl, Holstenstr. 36.

Jede Polsterarbeit!

Billige Reparatur-Werkstatt für Polstermöbel.
Tapezieren der Zimmer gut und billig.
F. Lenius, Tapezier, Marlesgr. 26.

Geräucherte Mettwurst

schön von Geschmack
und roth von Farbe, pr. Pfd. 70 Pf.

Friedr. Piehl, Holstenstr. 36.

Patenbriefe

empfiehlt billigst

A. Levy,
11 Mühlenstr. 11,
Druckerei und Papierhandlung.

Zu vermiethen.

Zu sofort zu verm.: E. Wohn. i. Preise v. 125 Mk. Näh. Steinstr. 6.

Logis für junge Leute; Hüxstraße 66.

Katzeburg. Allee 40.

Rud. Kracht, Lübeck.

Sämmtliche Colonialwaaren,
Caffee aus eigener Rösterei,
stets frisch, per Pfd. 1,20, 1,30, 1,40, 1,50 Mk.

Wein und Spiritusen,
Kümmel und Doppel-Kümmel,
per Liter 50 und 70 Pf.

empfiehlt bestens.

Manufacturwaaren u. Garderoben.
Specialität:
dauerhafte Arbeiter-Artikel.

Preetzer Schuhwaaren,
größte, solide Auswahl,
äußerst billige Preise.

Rud. Kracht, Lübeck.

Katzeburg. Allee 40.

Mecklenburger Geld-Lotterie.

Größter Gewinn ev.

Mk. 500000.

Ziehung 1. Kl. 4.—5. Mai.

Original-Loose 1/1 12 Mk 60 Pf., 1/2 6 Mk. 30 Pf. 1/4 3 Mk. 15 Pf. 1/8 1 Mk. 58 Pf.

Lübeck,
32 Schüsselbuden 32.

Paul Würzburg.

Gebr. Steder, Lübeck,

Hüxstraße 95, Ecke der Schlumacherstraße.

Lager von

Steingut-, Porzellan- und Glaswaaren.

Haus- u. Küchengeräthe.

Reiche Auswahl in

Hochzeits- u. Gelegenheitsgeschenken.

Solide Waare zu billigsten Preisen.

Oeffentliche Volksversammlung

am Dienstag den 1. Mai, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. J. Dürkop, (Central-Hallen).

Tagesordnung:

Die Bedeutung des 1. Mai.

Referent: **Redakteur Otto Friedrich.**

Karten werden zu dieser Versammlung nicht ausgegeben.

Die Vertrauenspersonen.

Stellen-Angebote.

Ein konfirmirtes Mädchen
für Nachmittags. Näh. in der Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Mai: **Ein Kindermädchen.**
Elswigstraße 4.

Stellen-Gesuche.

Eine Schneiderin wünscht noch Beschäftigung im Hause.
Vorbeckstrasse 15.

Gelbkochende **Magnum bonum, Kartoffeln,** sind zu haben
Marlesgrube 35.

In unserer Expedition ist zu haben:

Bilderbuch
für große und kleine Kinder,
als Geburtstags-Geschenk
besonders zu empfehlen,
sonst **75,** jetzt **60** Pf.
Nur noch wenige Exemplare vorräthig.

Versammlungen.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. a. gewerblicher Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung

am Montag, d. 30. d. M.,
Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Hrn. **Dürkop**
(Central-Hallen).

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal d. J.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Mitgliedsbücher legitimiren.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am **Freitag den 27. d. M.,**
Abends 8½ Uhr, im Lokale des Hrn. **Leecke.**

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal d. J.
2. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Vergnügungen.

Arbeiter-Athleten-Club „Eintracht".

Sonntag den 29. April 1894:

1. Stiftungsfest u. Ball

unter gütiger
Mitwirkung des Gesang-Vereins **„Eintracht",**
im Lokale des Herrn W. Neumann,
Berliner Hof, Fünfhausen.
Anfang 4 Uhr. Ende 4 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein
der Vorstand.

NB. Der Ueberschuß fällt dem Preßfonds zu.

In der

Exp. d. Lübecker Volksboten

Grosse Altefähre 35/37

ist zu haben:

Liebknecht's Fremdwörterbuch, 7. Auflage, alle 14 Tage 1 Heft, à 20 Pf. (Im Erscheinen begriffen).
Lissagaray, Geschichte der Kommune von 1871, 2. Aufl., komplet in 12 Lieferungen, à 20 Pf. (Im Erscheinen begriffen).
R. Bommeli. „Die Pflanzenwelt", complet in 20 Heften, à 20 Pf.
R. Bommeli. „Die Thierwelt", complet in 28 Heften, à 20 Pf.
Lassalle's Reden und Schriften, complet in 50 Heften, à 20 Pf.,
complet gebunden in 3 Bänden, halbfranz, 14 Mk. 50 Pf.,
complet gebunden in 3 Bänden, leinen, 11 Mk. 50 Pf.
A. Bebel. Die Frau und der Socialismus, geb. 2 Mk. 50 Pf.
Friedr. Engels. Der Ursprung der Familie, geb. 1 Mk. 50 Pf.
Dr. F. B. Simon. Die Gesundheitspflege des Weibes, geb. 2 Mk. 50 Pf.
Karl Kautsky. Marx's Oekonomische Lehre, geb. 2 Mk.
Max Kegel. Liederbuch. 40 Pf.
Gruppenbild der socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, 75 Pf.
Socialdemokratie u. Antisemitismus, 20 Pf.
Emanuel Wurm. Die Naturerkenntniss im Lichte des Darwinismus.

Besonders empfehlen wir das Abonnement auf **„Die Neue Zeit",** Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, wöchentlich 1 Heft, à 20 Pf.

„Der wahre Jacob", reich illustrirt. Witzblatt, à 10 Pf.

„Süddeutscher Postillon", reich illustrirtes Witzblatt, à 10 Pf.

Zu obenbenannten Werken werden elegante Einbanddecken geliefert und das Einbinden auf's Billigste besorgt.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 23. Freitag, den 27. April 1894. 1. Jahrgang.

Die wirthschaftliche Entwickelung in Amerika.

Das Bundesamt für Statistik der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat im Jahre 1890 eine Fabrikstatistik aufgenommen, deren Ergebnisse jüngst veröffentlicht wurden. Vergleicht man die bezüglichen Zahlen mit denjenigen von 1880, so erhält man folgendes Bild:

	1880	1890
Etablissements . . .	253,502	322,624
Arbeiter	2,700,732	4,476,094
Arbeitslohn	939,462,252	2,171,356,919
Kapital	2,780,766,895	6,138,716,604
Rohstoff	3,395,925,123	5,018,277,603
Produktionswerth . .	5,349,141,458	5,918,277,603

Die Summen sind in Dollars gemeint. Der Vergleich der beiderseitigen Zahlen zeigt einen bedeutenden Aufschwung innerhalb des fraglichen Dezenniums. Die Zahl der Etablissements vermehrte sich um 27, der Arbeiter um 65 pCt. Das Kapital wuchs um 120, der Arbeitslohn um 131, der Rohstoffwerth um 47 und der Produktionswerth um 69 pCt.

Von den 4,476,094 Gesammtarbeitern oder richtiger Erwerbsthätigen waren 426,139 Unternehmer und Beamte, auf welche von den 2,171,356,919 Dollars Gesammtarbeitslöhnen 372,005,001 Dollars entfielen. Die „Vermischten Ausgaben" der Unternehmer, d. h. Miethe, Kapitalzins und Steuern, werden mit 615,056,643 Dollars angegeben.

Die „New-Yorker Volks-Ztg." macht zu der vorstehenden Statistik einige erläuternde Bemerkungen, die auch hier Platz finden sollen. Es heißt da: 1880. Alter Werth: Rohstoff 3,395,925,123 D., sonstige Arbeitsmittel 259,970,703 D., Total 3,655,895,828 D. Neuer Werth: Löhne 1,098,110,297 D., Mehrwerth (Unternehmergewinn) 493,550,955 D.; ausgeschiedene Miethe und Kapitalzins sowie Steuern 101,634,378 D., Summe des Mehrwerths 595,185,333 D., Total des neuen Werthes 1,693,295,630 D. Gesammt-Total für das Jahr 1880 wie im Bericht des statistischen Amtes 5,349,191,458 D. Produktionswerth. — 1890. Alter Werth: Rohstoff 5,018,277,603 D., sonstige Arbeitsmittel 443,022,372 D., Total 5,461,299,975 D. Neuer Werth: Löhne 2,171,356,919 D., Mehrwerth und zwar Unternehmergewinn 1,249,744,172 D.; Miethe, Kapitalzins und Steuern 172,034,271 D. Summe des Mehrwerths 1,421,778,443 D. Total des neuen Werthes 3,593,135,362 D. Gesammt-Total 9,054,435,337 Dollars.

Diese Zahlen sind natürlich nicht Kombinationen des amerikanischen Parteiblattes, sondern dem statistischen Berichte entnommen. Sie sind nach zweierlei Richtungen interessant. Erstens zeigen die Angaben aus dem Jahre 1880, daß der über den Kapitalzins hinausreichende reine Unternehmergewinn sich zum Arbeitslohn verhält wie 1:2. Schafft der Arbeiter für 3 Dollars Werth, so gehört 1 Dollar davon dem Unternehmer. Das ist eine sehr glatte „Theilerei". Dazu erhält der Unternehmer, resp. er nimmt sich vorweg den Zins für sein im Betriebe steckendes Kapital. Arbeitet er aber mit fremdem Kapital, so erhält eben ein anderer Kapitalist den Zins, der in jedem Fall der Kapitalistenklasse zufließt, heiße nun der Kapitalist, der ihn einsteckt, Wilhelm oder Albert. Um den Kapitalzins vermindert sich aber dann noch weiter der Arbeitslohn, so daß das Verhältniß zwischen diesem und dem Geschäftsgewinn sich noch mehr zu Ungunsten des Arbeiters verschiebt. Zweitens zeigen die Zahlen aus dem Jahre 1890, daß seit 1880 das Verhältniß des Arbeitslohnes zum reinen Unternehmergewinn sich wesentlich zu Gunsten des letzteren verschoben hat. Standen 1880 493 Millionen Dollars Unternehmergewinn gegen 1098 Millionen Dollars Arbeitslohn, so 1890 1249 Millionen Dollars Unternehmergewinn gegen 2171 Millionen Dollars. Das Geschäft, Kapitalist zu sein, wird demnach immer rentabler. Haben sich nach den Angaben des statistischen Bureaus die Summen der Arbeitslöhne um 131 Prozent vermehrt, so der Unternehmergewinn um 153 Prozent. Diese fortschreitende Entwickelung des Verhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, wobei erstere immer schlechter wegkommt, ist recht lehrreich.

Im übrigen weisen die Zahlen, betr. Etablissements, Arbeiter und die Kapitalssumme sowie betr. den verarbeiteten Rohstoff und die Produktion eine riesig-rapide industrielle Entwicklung der Vereinigten Staaten auf, die jedenfalls auf ziemlich lange Zeit hinaus im gleichen Tempo stattfinden wird.

Soziales und Partei-Leben.

Der diesjährige Parteitag kann nicht, wie wir schon kurz meldeten, wie dies ursprünglich beabsichtigt und voriges Jahr in Köln auch beschlossen worden war, in Nürnberg stattfinden. Die bayerischen Verwaltungsbehörden belieben nämlich in der gesammten sozialdemokratischen Partei nur einen Verein zu erblicken. Diese Auslegung bietet den Vortheil, daß „Frauenspersonen und Minderjährige" den Versammlungen der sozialdemokratischen Partei fern bleiben müssen. Es könnten also, wenn unser Parteitag innerhalb der blauweißen Grenzpfähle stattfände, weibliche Delegirte auf demselben nicht erscheinen. Unter diesen Umständen beschloß die Reichstagsfraktion in ihrer letzten Sitzung, von der Berufung des Parteitags nach Nürnberg endgiltig abzusehen. Bei der Auswahl des neuen Ortes wurden wieder dieselben Städte genannt, unter denen schon in Köln die Auswahl getroffen werden mußte. Stuttgart, Leipzig, Breslau und Frankfurt a. M. Mit Rücksicht auf die passendere geographische Lage entschied sich die große Mehrheit für Frankfurt. Ueber die Zeit, wann der Parteitag stattfinden soll, wurde nichts festgestellt, doch dürfte derselbe, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eine Veränderung nothwendig machen, nicht vor den Herbstmonaten berufen werden. Unser Frankfurter Parteiorgan „Die Volksstimme" begleitet die Mittheilung des Fraktionsentscheides mit folgenden Worten:

„Den hiesigen Genossen ist damit die schwere aber ehrenvolle Aufgabe zugewiesen, die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung des Parteitages zu treffen. Unsere Genossen werden aber auch bei dieser Gelegenheit zeigen, daß sie, wenn es im Interesse unserer guten Sache zu handeln gilt, voll und ganz auf dem Posten sind."

Zur Maifeier. Der Gemeinderath der Brüsseler Vorstadt Saint-Gilles hat auf Antrag sozialistisch gesinnter Gemeinderäthe beschlossen, den ersten Mai fortab als Feiertag anzusehen und allen von der Gemeinde angestellten Personen für diesen der Verherrlichung der Arbeit gewidmeten Tag Urlaub zu geben. Auch die Schulen dieser Vorstadt werden am 1. Mai geschlossen sein. Dieser Beschluß ist mit Einstimmigkeit gefaßt worden. (Bravo!)

Um den internationalen Charakter der Mai-Demonstration voll zum Ausdruck zu bringen, hat in England das Organisationskomitee beschlossen, der Arbeiterschaft in Europa und Amerika die Annahme einer gleichlautenden Resolution zu empfehlen. Nachstehend geben wir den Wortlaut derselben wieder:

Resolution:

Die Versammlung entsendet brüderliche Grüße an die zur Bekundung der Solidarität heute, am 1. Mai, versammelten Arbeiter der ganzen Welt. Sie fordert dieselben auf, für die Befreiung von der Lohnsklaverei kein Mittel unbenutzt zu lassen und unablässig zu wirken für die Erringung der sozialistischen Produktionsweise, bei welcher die Produktionsmittel sich im Besitz der Allgemeinheit befinden.

Beendeter Ausstand. Der Streik der Zimmerleute in Alt-Rahlstedt dürfte als beendet zu betrachten sein, da von den neun in den Ausstand eingetretenen Arbeitern acht wieder die Arbeit zu einem Stundenlohn von 40 Pfg. aufgenommen haben.

Reichsländische Freiheit. Die Herausgabe einer neuen sozialdemokratischen Zeitung unter dem Titel „Elsaß-Lothringische Volkswacht" ist durch den Bezirkspräsidenten in Colmar verboten worden. Zu einem solchen Verbot hat das Bezirkspräsidium als solches kein gesetzliches Recht, da es zur Gründung einer Zeitung nach Hinterlegung der Kaution und nach vorgeschriebener Anmeldung einer Genehmigung nicht bedarf. Es ist daher der Beschwerdeweg gegen dieses Vorgehen der Behörde eingeschlagen worden.

Das Bezirkspräsidium von Colmar hat einem Frauen-Gesangverein in Mülhausen die Genehmigung versagt.

In Straßburg wurden neuerdings Zeitungsausträger des Organs „Offenbacher Volksfreund" durch die Polizei belästigt.

Das Bezirkspräsidium von Straßburg hat der Gründung eines Arbeiter-Wahlvereins Straßburg zum dritten Male die Genehmigung versagt. Eine Beschwerde ist eingelegt.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Cassel ging aus der Klasse der Arbeitnehmer die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Kandidatenliste durch. Von den Arbeitgebern betheiligten sich an der Wahl von 1600 Wahlberechtigten nur 36.

Der Streik der Maurer in Freiburg i. B. dauert unverändert fort.

In Tilsit traten am 16. d. M. ebenfalls die Maurer, 120 an der Zahl, in den Generalstreik ein. Hauptsächlichste Forderung ist 30 Pf. Stundenlohn. Der bisherige Lohn betrug nur 2,60 M. pro Tag.

Die Steinsetzer in Stettin sind zur Abwehr einer zwanzigprozentigen Lohnherabsetzung in den Streik gedrängt worden. Betheiligt sind daran etwa 40 Verheirathete und 20 Unverheirathete. Der Stand des Streiks ist für die Arbeiter ziemlich günstig und ist Aussicht auf einen

Nach Sibirien verbannt.

Erzählung von Friedrich Thieme.

(16. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

12. Kapitel.

Im Bureau des Untersuchungsrichters.

Der Untersuchungsrichter Jagodkin saß in seinem Bureau, den Kopf auf die Hände gestützt und gähnte. Jagodkin war ein noch junger Mann, etwa 35 Jahre alt, aber der Mondschein auf seinem dicken Kopfe ließ wie eine Runentafel in der Vergangenheit ihres glücklichen Besitzers lesen. Ja, er zählte zu den Lebemännern, der Herr Untersuchungsrichter, und zwar zu jener unbekümmerten Kategorie derselben, die außer für die Freuden der Tafel, des Weins, des Spiels und der Gesellschaft sozusagen für nichts auf der Welt empfänglich sind. Doch halt — eins haben wir vergessen: auch für das Lob seiner Vorgesetzten besaß Herr Jagodkin ein offenes Ohr und wenn er auch keine besonderen Fähigkeiten sein eigen nannte, die ihn in den Stand gesetzt hätten, diesen Ehrgeiz zu befriedigen, so besaß er doch dafür ein Talent, das mehr werth ist für einen russischen Beamten, als alle Kenntnisse der Erde. Er verstand es, keine eigene Meinung gegenüber seinen Vorgesetzten zu haben — aus List oder wirklicher Indifferenz, wer kann das sagen. Jedenfalls machte er infolge dieser Eigenschaft Karrière.

Herr Jagodkin verleugnete auch im Bureau den Mann der feinen Gesellschaft nicht, er trug sich völlig modisch und elegant, Rock und Beinkleider waren nach dem neuesten Schnitt gearbeitet, aus der linken Rocktasche lugte halb ein buntseidenes Tuch heraus und an einer feinen goldenen Schnur hing ein goldenes Pincenez.

Der Richter schien an dem Morgen, wo wir seine Bekanntschaft machen, nicht in der anmuthigsten Laune zu sein, er ließ wiederholt ein ärgerliches Knurren vernehmen und brachte seinen Kopf bald in diese, bald in jene Lage.

Nun, Herr Kollege, was haben Sie? fragte ironisch ein alter Herr mit würdigem grauen Bart, der eben mit einem Aktenstück in das Bureau trat. Haben Sie noch nicht ausgeschlafen?

Der Gefragte verneigte sich grüßend und erwiderte in zwischen Aerger und Lachen schwankendem Tone:

Daran ist der verwünschte Ball beim Kommandanten schuld. Ich kann nun einmal süßen Wein nicht vertragen.

Andere Leute auch nicht, lachte Richter Znamenski, so hieß der alte Herr. Wenn sie nämlich soviel davon trinken, wie Sie gestern, Kollege. Ich habe Sie bewundert.

Jagodkin erwiderte nichts und stieß nur einen jener Seufzer aus, die manchen Lebemännern morgens mitunter eigenthümlich sind.

Haben Sie schon gehört, fuhr Znamenski nach einer Pause fort, Herr Iwan Lazareff ist zum Gouverneur von Tobalsk ernannt worden.

Der Untersuchungsrichter sprang überrascht auf.

Tausend Teufel! Der Mensch hat Glück! Er ist kaum älter als ich!

Glück und — Protektion, bestätigte der alte Herr mit einem etwas sarkastischen Lächeln. Manch anderer wird alt, ohne auch nur um eine Stufe zu avanciren — Er blickte etwas wehmüthig vor sich hin. Pah, es ist besser so, meinte er dann und setzte in der früheren Weise hinzu: Kennen Sie Lazareff persönlich?

Und ob, antwortete der andere lachend, er ist ja ein guter Freund von mir. Ein blasirter, anmaßender Strohkopf, der es nicht bis zum Nachtwächter gebracht hätte, wenn sein Vater nicht Gouverneur von Tobolsk und ein Verwandter des jetzigen Ministers wäre.

Znamenski nickte, wünschte kurz guten Morgen und entfernte sich, da eben der Gerichtsdiener eintrat, um einen Besuch zu melden.

Der Herr Gouverneur von Tobolsk läßt um die Ehre bitten!

Jagodkin eilte nach der Thür, dieselbe eigenhängig zu öffnen.

Willkommen, bester Herr Lazareff, rief er dem eintretenden Lazareff mit seiner liebenswürdigsten Miene entgegen, Herr Gouverneur, sollte ich sagen.

Bitte, bitte, werther Freund, wehrte Lazareff mit erkünstelter Bescheidenheit ab.

Wahrhaftig, lupus in fabula, sprach Jagodkin lachend weiter,

Wirklich? Dachten Sie an mich?

Gedacht? Sogar gesprochen haben wir von Ihnen, mein Kollege und ich. Er theilte mir Ihre Ernennung mit, ich sagte ihm, ich freute mich darüber. Ich kenne Herrn Lazareff, sagte ich, er ist einer der talentvollsten Menschen, die —

Bitte, lieber Jagodkin, Sie wissen —

Daß Sie zu bescheiden sind, gewiß. Meinen innigsten Glückwunsch, liebwerthester Gouverneur.

Lazareff dankte nachlässig und begann sodann, nachdem er sich niedergesetzt: Ich komme, um Abschied zu nehmen, lieber Jagodkin.

Abschied — so schnell? Wie bedauerlich. Wann reisen Sie denn?

Morgen früh, sagte Lazareff, ich muß.

Nach dem fernen Sibirien — da werden Sie sich

Sieg vorhanden, wenn den Streikenden die nöthige Unterstützung zu Theil wird.

Briefe und Geldsendungen sind zu richten an C. Ortmann, Stettin, Deutsche Straße 70, Hof, Seitenflügel rechts.

Wegen Lohndifferenzen haben die Dachdecker in Harburg a. d. E. über das Dachdeckergeschäft von Heinrich Klapprodt die Sperre verhängt. Acht Kollegen sind außer Arbeit.

Ueber den Bergarbeiterstreik in Chodau (Oesterreich) schreibt das Bergarbeiter-Fachblatt „Glückauf": „Wer „Aufreizendes" spricht wird von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt. Aufreizender kann aber Niemand sprechen, als der Herr Verwalter Rauscher vom Richardschacht zu seinen Arbeitern gesprochen, wenn sie blos ersuchten, daß die Lohnreduzirung zurückgenommen werden sollte. Er sprach aus, was andere ähnliche verhärtete Bourgeois blos denken. „Was braucht Ihr Kinder zu erzeugen? Ihr braucht nicht Fleisch und Bier, seid sparsam und begnügt Euch mit Erdäpfeln und Suppen." Alle anderen Gewerkschaften im Falkenauer Revier haben beschlossen, den Streik materiell zu unterstützen, und wenn nicht eine baldige Lösung erfolgt, sich anzuschließen. Alle Arbeiter sind fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen um ihr Recht, um das tägliche Brod und in demselben auch auszuharren.

Zum Streik der Schuhmacher in Kopenhagen erhalten wir jetzt nähere Angaben über die Ursachen desselben. Die dortigen Meister wollten eine klassifizirte Bezahlung einführen. Es ist dies bisher wohl auch schon insofern in Uebung gewesen, als der eine Meister Preise 1. Klasse, der andere 2. Klasse, der dritte 3. Klasse zahlte, je nach ihrer Kundschaft und der von ihnen gelieferten Waare. Nun wollen aber alle Meister drei Zahlungsstufen einführen, wodurch sich die Gesellen bei denjenigen Meistern, die bisher nur erster und zweiter Klasse-Preise zahlten, natürlich entschieden schlechter stehen würden. Dennoch zeigten sich die Gesellen sehr entgegenkommend und wollten weiter arbeiten, wenn die Meister einen Lohntarif unterzeichnen würden, der von einem gemeinsamen Ausschuß von Gesellen und Meistern ausgearbeitet wäre. 22 Meister haben denselben auch unterzeichnet, die Gesellen der übrigen stellten die Arbeit ein. Dabei weist die kapitalistische „Politiken" darauf hin, daß die Verhältnisse vieler Gesellen so trostlos sind, daß es ihnen völlig gleichgültig sein kann, wenn durch diesen Streik das Handwerk zu Gunsten der Schuhfabriken geschädigt wird, denn viele Gesellen haben keine ständige Arbeit. Wenn ein kleiner Meister mehr zu thun bekommt, als er im Augenblick liefern kann, so nimmt er einen Gesellen; derselbe bekommt ein Paar Stiefel in Arbeit und ist er damit fertig, kann er wieder gehen. Solche Gesellen vegetiren für einen unsicheren Wochenlohn von 10—12 Kronen (M. 12—15). Dieselben werden natürlich mit Freuden Fabrikarbeiter, wenn sie einen sicheren und halbwegs auskömmlichen Lohn erhalten können.

Aus Nah und Fern.

Ueber die Schulverhältnisse in Westpreußen — dem schwarzen Erdstrich des deutschen Reiches — wird der „Preußischen Lehrerzeitung" aus Elbing Folgendes geschrieben: Die Frequenzverhältnisse unserer Volksschulen sind seit einer Reihe von Jahren die denkbar ungünstigsten. Angesichts der großen Mißstände forderte die Königliche Regierung den Magistrat vor einiger Zeit auf, dahin wirken zu wollen, daß die Schülerzahl einer Klasse nicht über 70 steige. Etwas hat man nun ja allerdings thun müssen, um die dringendsten Mißstände zu beseitigen. So sind mit Beginn dieses Schuljahres 6 neue Klassen als Parallelklassen eingerichtet worden. Wie wenig hierdurch erreicht worden ist, geht aus dem Umstand hervor, daß — abgesehen von den Parallelklassen — in allen Klassen mehr als 70 Schüler sitzen. Diese Zahl wird in vielen Fällen sogar ganz bedeutend überschritten, so daß Klassen mit 90 und mehr Schülern durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören. Solche Verhältnisse findet man in einer Stadt, deren Vertreter bei jeder Gelegenheit die große Fürsorge für das Volksschulwesen betonen und auf deren Leistungen stolz sind. Die Ansichten unserer Stadtväter decken sich fast durchweg mit der Aeußerung eines Stadtverordneten (Pfarrer, Schuldeputationsmitglied, Leiter einer Gewerbeschule ꝛc.): „Bei gutem Willen ist ein Lehrer sehr wohl im Stande, 90 Schüler mit Erfolg zu unterrichten!" Dieselben Stadtväter halten aber ein Gehalt von 880 bis 1870 Mark einschließlich Wohnungsgeld für ausreichend! Wozu braucht auch das Volk gebildet werden und die Lehrer ein Gehalt, mit dem sie halbwegs menschlich leben können. Die Hauptsache ist ja, wenn die „wahren Bildner" des Volkes — die Unteroffiziere in der gehörigen Anzahl vorhanden sind und das Volk sich nach Möglichkeit ausbeuten läßt. In einem Staate, wo der Militarismus als alles überwuchernde Giftpflanze jede wirkliche Cultur erstickt, bleibt natürlich auch für die Erziehung des Volkes — für Schüler und Lehrer — nichts übrig.

Aus Thorn meldet die „Berliner Volksztg.": Da in Russisch-Polen wieder die Cholera aufgetreten ist, soll auf dem preußischen Stromlauf der Weichsel wieder die sanitäre Ueberwachung der aus Rußland kommenden Holztraften, Kähne und Dampfer erfolgen. Ueberwachungsstationen sollen wieder eingerichtet werden, auch die Sanitätsgebühren erhoben werden. Letztere sollen niedriger als im Vorjahr bemessen werden; darüber schweben indes noch die Verhandlungen mit den Interessenten.

Breslau. Wie der „Breslauer Morgenzeitung" aus Sosnowice gemeldet wird, sind sämmtliche Betriebe der russisch-polnischen Regierung in den Streik getreten. In sämmtlichen Gruben, Hütten und industriellen Etablissements ist die Arbeit niedergelegt worden. Die Streikenden fordern Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe sind 100 Mann Infanterie aus Czenstochau eingetroffen, eine Abtheilung Kosaken ist in den Fabriken einquartiert.

Moys (Schles.). Auf schreckliche Weise verunglückte vor einigen Tagen hier der bei dem Bäckermeister Schulz beschäftigte Geselle G. Herold aus Küpper, Kreis Lauban. Demselben entfiel die Petroleumlampe als er sie auslöschen wollte. Dieselbe explodirte, und der unglückliche junge Mann stand sofort über und über in Flammen. Unter lautem Hülfegeschrei lief er die Treppe hinauf. Bäckermeister Schulz, der noch im Bette gelegen hatte, eilte zur Hülfe herbei, doch gelang es ihm und den übrigen Hausbewohnern erst nach einiger Zeit durch Ueberwerfen von Kleidungsstücken die Flammen zu ersticken. Obwohl ärztliche Hülfe in kürzester Zeit zur Stelle war und der Verunglückte sofort in das städtische Krankenhaus nach Görlitz geschafft wurde, erlag er doch noch am Abend desselben Tages seinen schweren Verletzungen. Die beklagenswerthe Mutter hat (den „Görl. Nachr." zufolge) schon ihren Mann durch einen Sturz vom Gerüste und eine erwachsene Tochter durch Verbrennen verloren. Bäckermeister Schulz hat bei seinen Bemühungen seinen Gesellen zu retten, selbst schwere Brandwunden an beiden Händen, Armen und am linken Bein davon getragen, so daß auch er auf das Krankenlager geworfen ist, doch befindet er sich außer Lebensgefahr.

Kempen. Ein räthselhafter Todesfall hat sich in der Nähe unserer Stadt ereignet. Ein Ackerer, welcher in Kempen Geschäfte gehabt, kehrte in der Nacht nach Hause zurück und fand an der hofwärts gelegenen Thür seines Hauses seine Ehefrau todt auf dem Boden liegen. Am Boden brannte der Rest aus der umgestürzten Lampe. Die Todte war in ihren Nachtkleidern, ein Schuß, der durch das linke Auge ins Gehirn gedrungen war hatte ihrem Leben ein Ende gemacht. Neben der Leiche lag eine zweiläufige Flinte, deren zweiter Lauf noch mit einer Ladung versehen war.

Bochum. Der Bergmann Peter Reiffer, der Urheber der in der Nacht zum 5. März gegen das hiesige Landrathsamt und andere Gebäude gerichteten Dynamitanschläge, wurde, wie der „Bochumer Anzeiger" meldet, vom Schwurgericht zu 11 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Mainz. Wieder ein Opfer des Militärmolochs im Frieden. Der Posten am Laboratorium, ein Elsässer der 3. Kompagnie des Regiments 117, erschoß sich heute in den ersten Morgenstunden. Die Gründe, welche den Unglücklichen in den Tod getrieben, sind „natürlich" unbekannt.

Paris. Der 41jährige Muttermörder Metzger Laureau, der seine Frau und seine Mutter ermordet und eine Nachbarin tödtlich verwundet hatte, wurde am Donnerstag in Dijon hingerichtet. Als Muttermörder mußte er mit einem schwarzen Schleier über dem Kopf und barfuß zum Schaffot schreiten.

Marseille. Ein Polizeibeamter, Chappaz, ist als Theilnehmer an einer großen Falschmünzerbande verhaftet worden. Er war dem französischen Generalkonsul in Barcelona zur Ueberwachung der dortigen Anarchisten und Falschmünzer beigegeben, war zu beiden Verbrechergruppen in Beziehungen getreten und hatte namentlich an der Falschmünzerei so großen Geschmack gefunden, daß er bei dem Ankauf der erforderlichen Maschinen sich betheiligte und auch von den Erträgen seinen klingenden Antheil erhielt. Dafür protegirte er die Falschmünzer in jeder Weise, warnte sie rechtzeitig vor Haussuchungen ꝛc. und wußte, als die Bande ihre Operationen nach Marseille verlegte, in seinen Berichten an seine vorgesetzte Behörde diese über den Aufenthalt der Falschmünzer zu täuschen. Dabei genoß Chappaz viele Jahre das unbegrenzte Vertrauen der Behörden. Der französische Minister des Innern hatte ihm einmal für seine „aufopfernden Dienste" bei Verfolgung eben dieser Falschmünzerbande eine Gratifikation von tausend Francs auszahlen lassen, und die Bank von Frankreich setzte ihm eine lebenslängliche Pension aus für die Entdeckung einer Fabrik falscher französischer Banknoten in Barcelona.

Belgrad. Im Gefängniß erdrosselt. Aus Belgrad wird berichtet, daß es der Polizei gelang, eine Verbrecherbande zu ermitteln und festzunehmen, welche während der letzten Jahre eine Reihe von Raubmorden verübte, ohne daß es möglich war, die Thäter zu entdecken. Zwei Mitglieder der Bande, der Weinhändler Milija Mojanovic und der Nachtwächter Markowik wurden im Gefängniß erhängt gefunden. Beide sollen von Mitschuldigen erdrosselt worden sein, um Enthüllungen vorzubeugen.

Reichsgericht.

Leipzig, 24. April. (Ein Recht des Angeklagten) besteht darin, daß er die Vertagung der Hauptverhandlung beantragen und verlangen kann, wenn ihm die Ladung zur Hauptverhandlung nicht wenigstens eine Woche vorher zugestellt worden ist. Der wegen Rückfallsdiebstahls am 3. Februar vom Landgerichte I in Berlin zu 1 Monat Gefängniß verurtheilte 16jährige Kaufmannslehrling Siegfried Kadisch in Berlin hatte die Ladung zur Hauptverhandlung erst drei Tage vor dem Termin erhalten, jedoch einen Antrag auf Vertagung in der Hauptverhandlung nicht gestellt. In der für den Angeklagten gegen das Urtheil eingelegten Revision beantragte der Vater des Kadisch, dieser habe vom Gerichte über sein Recht, Vertagung zu beantragen, belehrt werden müssen, um so mehr, da er ohne Vertheidiger erschienen war. Das Reichsgericht verwarf heute die Revision, da keine gesetzliche Vorschrift besteht, eine solche Belehrung vorzunehmen und jugendliche Angeklagte in dieser Hinsicht nicht anders zu behandeln sind als erwachsene.

Leipzig, 24. April. Eine Münchener Versicherungsanstalt suchte der Goldwaarenhändler Dietrich Michaelis in Berlin dadurch zu schädigen, daß er behauptete, bei dem Brande, der sein Waarenlager am 8. Januar d. J. heimsuchte, sei auch eine werthvolle Uhrkette mit zu Grunde gegangen. Nachdem ein früheres Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben worden war verurtheilte am 1. Februar das Landgericht I in Berlin Michaelis wegen versuchten Betruges zu 1 Monat Gefängniß. Die gegen dieses Urtheil eingelegte Revision des Angeklagten, welche prozessuale und materielle Rügen enthielt, wurde heute vom Reichsgericht verworfen.

Leipzig, 24. April. Wegen versuchter Nöthigung sind vom Landgerichte Kiel am 30. Januar d. J. mehrere Bauhandwerker verurtheilt worden. Dieselben arbeiteten im Juli v. J. auf der Germania-Werft und waren unzufrieden damit, daß ein anderer Arbeiter H. den Werkmeister K. veranlaßte, auf Akkordarbeit einzugehen. In einer zur Besprechung dieser Angelegenheit einberufenen Versammlung bedrohten sie dann den H. Zwei von den Angeklagten, namens Voß und Gärtner, welche zu je 1 Woche Gefängniß verurtheilt worden sind, hatten gegen das Urtheil Revision eingelegt. Dieselbe wurde jedoch heute vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen.

---

freilich etwas einsamer fühlen als in Moskau, bemerkte der Richter mit leisem Spotte.

Pah, ich werde mir die Zeit schon vertreiben. Hoffentlich sehe ich Sie bald dort. —

Ein netter Wunsch das für einen Freund, lachte jener. —

Als Gast natürlich, setzte Lazareff hinzu, als verehrter Besucher. Ueberhaupt vergessen Sie mich nicht — ich werde jederzeit hocherfreut sein, Ihnen irgend einen Dienst leisten zu können.

Sie sind außerordentlich liebenswürdig, erwiderte der Richter und fügte gleich darauf etwas verlegen hinzu: Ich stehe sowieso noch in Ihrer Schuld.

Wieso? fragte Lazareff, sich vergeßlich stellend.

Die 2000 Rubel —

Aber erwähnen Sie doch diese Kleinigkeit nicht, bester Freund, das hat keine Eile, versteht sich.

Apropos, Jagodkin, fuhr der neugebackene Gouverneur nach einem Räuspern fort, was ist denn eigentlich aus dem Prozeß gegen Sidorski und Genossen geworden.?

Vorläufig noch gar nichts, erwiederte Jagodkin. Ich bin eben dabei die Hauptschuldigen zu vernehmen. Sie sitzen ja auch erst vier Monate — wir haben alle Hände voll zu thun, Lazareff.

Der Angeredete nickte.

Sind die Gefangenen geständig?

Ich sage Ihnen ja, daß ich sie erst vernehmen will. Gestehen werden sie natürlich nichts, aber das hilft ihnen nicht viel. Wir verstehen es, unsere Leute mürbe zu machen oder zum Geständniß zu bringen. Ich habe da einen feinen Kniff! lachte Jagodkin selbstgefällig, der in den seltensten Fällen versagt.

So, so; Aber es ist doch eine junge Dame betheiligt? Sollte diese auch so hartnäckig sein?

Die Frauen sind bei weitem die schlimmsten.

Hm — mir thun die Sidorskis leid. Ich habe in ihrem Hause verkehrt.

Ich weiß, ich weiß. Man sagt sogar —

Was? unterbrach ihn Lazareff rasch und scharf.

Sie seien ein Verehrer der schönen Tochter des Hauses gewesen.

Ach so, meinte Lazareff erleichtert. Erinnern Sie mich nicht daran. Sie begreifen, daß ich meinen Namen nicht gern in Verbindung mit dieser Affäre genannt haben möchte.

Beruhigen Sie sich, das soll auch nicht geschehen. Ich habe den ganzen Prozeß in der Hand. Sie dürfen sich auf mich verlassen.

Die beiden Freunde drückten einander verständnißinnig die Hände.

(Fortsetzung folgt.)

Litterarisches.

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart erscheint gegenwärtig in Lieferungen „Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch" und „Die Geschichte der Kommune von 1871" von Lissagaray. Illustrirte Ausgabe. Von beiden Werken liegen uns jetzt vier Heft vor. Das Volks-Fremdwörterbuch ist einer vollständigen Umarbeitung unterzogen und sein Inhalt um Bedeutendes vermehrt, so daß es jetzt allen Anforderungen, die man an ein gutes Volks-Fremdwörterbuch zu stellen berechtigt ist, entspricht. — Die Lissagaray'sche „Geschichte der Kommune von 1871" verdankt ihr Erscheinen in Lieferungen, wie uns die Verlagshandlung bereits früher mittheilte, einem vielfach geäußerten Wunsch aus jenen Kreisen, denen eine einmalige Ausgabe von 3 Mk. für das komplete Werk zu viel war. Die beiden Lieferungen enthalten folgende Bilder: „Die Proklamirung der Kommune", „Ein verwundeter Förderirter unter dem Schutz des rothen Kreuzes", sowie das Porträt Flourens. (Die Lieferungen der beiden Werke erscheinen abwechselnd alle acht Tage zu dem Preis von 20 Pfg.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Druck und Verlag: Friedr. Meyer & Co., beide in Lübeck, Große Altefähre 3. 5/37.